

„Wir ziehen alle an einem Strang“

Corona-Krise: Die sechs Rahdener Ratsfraktionen bitten in einer gemeinsamen Erklärung die Bürger um Zusammenhalt, Solidarität und Unterstützung.

■ **Rahden** (nw/-sl-). Dramatisch verändert hat sich Deutschland seit dem Ausbruch des Coronavirus' und die Auswirkungen machen vor Rahden keinen Halt. „Das Virus bestimmt unser Leben. Kaum noch ein Geschäft in der Innenstadt ist geöffnet und auch die Gastronomie massiv betroffen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Rats-Fraktionen. Seit Montag gelten einschneidende Einschränkungen – auch in NRW. Dazu gehörten nun auch Kontaktverbote und weitere Schließungen. Kitas und Schulen seien bereits seit Tagen geschlossen.

Angesichts dieser extremen Krise zieht die Politik in Rahden nach eigenen Angaben an einem Strang. Alle sechs Ratsfraktionen demonstrieren Zusammenhalt. CDU, SPD, FWG, FDP, Bündnis '90/Die Grünen und UfR haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben.

„Inständige Bitte, sich an die Vorgaben zu halten“

„Jetzt ist kein Platz für politische Querelen. Jetzt müssen wir alle zusammenrücken und an einem Strang ziehen“, sind sich die Fraktionschefs Gundel Schmidt-Tschech (UfR), Winrich Dodenhöft (Grüne), Hans-Eckhard Meyer (FDP), Doris Bölk (FDP), Dorothee Brandt (SPD) und Guido Peitsmeier (CDU) einig. Auch die Stadtverbands-Vorstände der sechs Parteien unterstützen diese gemeinsame Aktion.

Sie alle stellen sich laut der gemeinsamen Erklärung hinter die angeordneten Maßnahmen und Regeln, die mit erheblichen Einschränkungen verbunden sind. Sie bitten die Menschen „inständig, sich an die Vorgaben zu halten.“

Bürgermeister Bert Honsel und die Verwaltung setzten die Vorgaben von Bund, Land und Kreis zur Eindämmung der Epidemie für Rahden um und

hätten dabei ein gutes Krisenmanagement bewiesen, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. „Wir müssen jetzt alle geschlossen zusammenstehen. Denn nur mit der Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger kann es uns gelingen, diese Pandemie erfolgreich zu bekämpfen.“

„Wir müssen jetzt alle zusammenstehen“

Geschlossene Geschäfte, starke Einschränkungen für die Gastronomie, Kitas und Schulen, Bäder, Bücherei und Rathaus seien von den Schließungen betroffen. „Da ist von der Rahdener Kommunalpolitik Solidarität gefordert und von dieser wollen wir nicht nur reden, sondern diese Solidarität soll mit Inhalten gefüllt werden“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Politiker. Sie bitten die Menschen deshalb, auch dem heimischen Einzelhandel und der Gastronomie in deren großer Not, die bis hin zur Existenzbedrohung reiche, zu helfen.

Die Politiker appellieren an die Bürger, solidarisch zu sein – auch mit den Gewerbetreibenden, die sich mit allen Fragen und Sorgen zudem an Verwaltung und alle Ratsmitglieder wenden könnten. Die Rahdener Ratsfraktionen bitten die Bürger, bei den Händlern vor Ort zu kaufen und den Liefer- und Abholservice der heimischen Gastronomie zu nutzen.

Alle Fraktionen werben für das neue Netzwerk

„So helfen Sie in dieser schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg“, hoffen Brandt, Meyer, Peitsmeier, Dodenhöft, Bölk und Schmidt-Tschech.

Hilfe brauchen aber auch ältere Menschen und Risikopatienten, die Angst haben, ihre



Guido Peitsmeier ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat Rahden.



Dorothee Brandt ist Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat Rahden. FOTOS: JOERN SPREEN-LEDEBUR



Winrich Dodenhöft ist Vorsitzender der Grünen-Fraktion.



Hans-Eckhard Meyer ist Vorsitzender der FDP-Fraktion.



Doris Bölk ist Vorsitzende der FWG-Fraktion.



Gundel Schmidt-Tschech ist Vorsitzende der UfR-Fraktion.

Wohnungen zu verlassen. Für sie könnten andere zum Beispiel Besorgungen übernehmen oder mit dem Hund Gassi gehen. Die Fraktionen weisen deshalb auf die „sinnvolle Corona-Nachbarschaftshilfe für Rahden“ hin. Dahinter verbirgt sich ein Netzwerk, das gemeinsam von Präventionsrat, der Unternehmensgruppe Dr. Bock und der Stadt Rahden angeboten werde.

Kontakt sei unter Tel. (0 57 71) 9 14 66 66 (Merle Schröder, Dr.-Bock-Gruppe), Tel. (0 57 71) 73 15 (Heike Krüger, Stadt Rahden), Tel. (0177) 8 91 38 60 (Wolfgang Adam, Präventionsrat) oder Tel. (0 57 71) 73 69 (Cornelia Riemer-Griebel, Präventionsrat und Flüchtlingsbeauftragte der Stadt). Bei der Nachbarschaftshilfe können sich Menschen, die helfen wollen, und Menschen, die Hilfe suchen, melden.

Kontaktverbot einhalten und auch mal Danke sagen

FDP, Grüne, SPD, CDU, FWG und UfR appellieren an die Bevölkerung, zu Hause zu bleiben, nur das unbedingt Nötige zu erledigen und sich an die Kontaktverbote zu halten. „Und sagen Sie auch Danke.“ Die Hochachtung aller Bürger solle all denen gelten, „die selbstlos trotz hoher Ansteckungsgefahr weiterarbeiten – in Märkten, Drogerien, in Krankenhäusern, Altenheimen, in Arztpraxen und bei Polizei und Feuerwehr“. Der Dank der Politiker gilt auch allen, „die Solidarität beweisen, sich an die Vorgaben halten, Ruhe bewahren, nicht in Panik verfallen und nicht hamstern“. Gemeinsam müsse man jetzt alles tun, was nötig sei, heißt es in der Erklärung. Die Politik allein schaffe es nicht, sie brauche die Unterstützung aller Bürger, um gemeinsam erfolgreich gegen die Ausbreitung des Coronavirus anzugehen. Gemeinsam werde man diese schwere Krise meistern.